
FDP Rosbach

JÖRG WERNER NEUER VORSITZENDER DER ROSBACHER FDP / LIBERALE WOLLEN CHANCEN FÜR STÄDTISCHE NEUAUSRICHTUNG NUTZEN

10.07.2018

Auf ihrer Mitgliederversammlung in Rodheim wählten die Freien Demokraten den 40jährigen Betriebswirtschafts-Professor Dr. Jörg Werner aus Ober-Rosbach zu ihrem neuen Vorsitzenden. Seine Stellvertreter sind der FDP-Kreisvorsitzende Jens Jacobi aus Rodheim sowie der Nieder-Rosbacher Ortsvorsteher Dr. Volker Hoffmann. Als neuer Schatzmeister wurde der Rodheimer Volker Roth gewählt. Vervollständig wird der Vorstand durch die Kreistagsabgeordnete Elke Sommermeyer aus Nieder-Rosbach, die Ober-Rosbacher Andrea und Klaus Dieter Jeuthé sowie den Fraktionsvorsitzenden Hans-Otto Jacobi. „Gleichmäßig sind somit wiederum alle drei Stadtteile in dem Leitungsgremium vertreten“, freut sich der neue Vorsitzende.

In seinem Rechenschaftsbericht zog der scheidende Ortsvorsitzende Jens Jacobi eine positive Bilanz. „Das bei der letzten Bundestagswahl erzielte Spitzenergebnis der FDP in der Wetterau zeugt auch davon, dass die Bürgerinnen und Bürger unsere Aktivitäten und Leistungen in der Politik vor Ort anerkennen“. Seine positive Einschätzung: „Wir sind für viele örtliche Interessenvertretungen und Organisationen ein engagierter und zuverlässiger Ansprechpartner.“ Er dankte den Mitgliedern für die stets gute Zusammenarbeit in den letzten zehn Jahren und schlug der Mitgliederversammlung die Wahl von Jörg Werner als Nachfolger vor.

Breiten Raum in der Diskussion nahmen aktuelle Entwicklungen in der Kommunalpolitik ein. Mit dem angekündigten Abgang des Bürgermeisters gebe es die Chance, die Lagerbildung im Stadtparlament zu überwinden und zu einer stärkeren Sachorientierung zurückzukehren. Nach Jahren wachsender Bürgerbelastungen mit überdurchschnittlich steigenden städtischen Steuern und Gebühren müsse dringend eine Kehrtwende

eingeleitet werden. Ein erster Erfolg sei die finanzielle Entlastung für betroffene Erwachsene durch die Wiedereinführung einer Windel- und Pflögetonne als Ergebnis eines FDP-Antrags, der zunächst über Monate blockiert wurde. Dies könne jedoch nur ein Anfang sein. Nachdem in Hessen auf FDP-Initiative die Grundlagen dafür geschaffen wurden, sei auch für Rosbach und Rodheim die Abschaffung von Straßenbeiträgen ein wichtiges Ziel für die Zeit nach der nächsten Kommunalwahl.

Beim wichtigen Thema Stadtentwicklung konnte die FDP dafür sorgen, dass bei den anstehenden Entscheidungen weiterhin auch die kritischen Ergebnisse der Bürgerbefragung Beachtung finden, etwa die durchwachsene Gesamtnote „Drei Minus“ für die Stadt. Richtschnur für die FDP-Politik im Bereich der Stadtentwicklung sollen die Themen sein, die auch den Bürgern laut den Befragungsergebnissen auf den Nägeln brennen: Die Belebung der Ortskerne sowie die Verbesserung der Angebote für Kinder und Jugend sowie des öffentlichen Personennahverkehrs. Für die Sportstättenentwicklung in Rosbach fordert die FDP entsprechend ihres vom Stadtparlament einstimmig beschlossenen Antrags die Vorlage überfälliger Kostenschätzungen. Nach Prognosen der FDP gehen die diskutierten Varianten mit stark unterschiedlichen Kosten einher und liegen zwischen gut drei und knapp 20 Millionen Euro. Ohne genaue Zahlen sei eine sinnvolle Erörterung der Alternativen und eine auch finanziell nachhaltige Entscheidung unmöglich. Im sozialen Wohnungsbau spricht sich die FDP klar gegen das „Aus-der-Hand-Geben“ von städtischen Wohnungen und Gebäuden aus. Eine solche Politik vertraue blind darauf, dass externe Investoren stets beste Lösungen für die Stadt lieferten, statt endlich selbst Verantwortung in Form eigener Investitionen zu übernehmen.

Damit zeichnet sich aus Sicht der FDP eine Reihe spannender Themen für den anstehenden Bürgermeister-Wahlkampf ab. Die FDP erhofft sich von den örtlichen Interessenvertretungen und Organisationen, dass diese zu Podiumsdiskussionen mit den Kandidaten einladen, um deren Programme unmittelbar vergleichen zu können. Nach vielen Aufforderungen von Bürgerinnen und Bürgern sei inzwischen auch wahrscheinlich, dass die Freien Demokraten im August einen eigenen Kandidaten benennen. „Unsere bevorzugte Lage in der Rhein-Main-Region sollte uns nicht zu blinder Wachstums-Euphorie verleiten. Eine nachhaltig erfolgreiche Stadtentwicklung erfordert auch, die Belange der heute hier wohnenden Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Mittelpunkt der kommunalen Arbeit zu rücken“, unterstrich abschließend Jörg Werner.